

Gemeinsame Medieninformation

Berlin, 20. März 2024



DEUTSCHER EVANGELISCHER VERBAND FÜR
ALTENARBEIT UND PFLEGE E.V.



Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.

Sicherung der Pflege in Deutschland: Verbände fordern Sofortmaßnahmen

Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) und Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) warnen vor Grundsatzdiskussionen in aktueller Krisenlage

Die Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland muss mit greifbaren und schnell wirksamen Maßnahmen gesichert werden, bevor langfristige Diskussionen, zum Beispiel um eine Neuausrichtung der Pflegeversicherung, geführt werden. Das fordern Wilfried Wesemann, Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) und Bernd Meurer, Präsident des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa).

„Eine zukunftsfeste Ausrichtung der Pflegeversicherung ist eine Herkulesaufgabe, für die viele unterschiedliche Ansätze auf dem Tisch liegen. Die dazu notwendigen gesellschaftlichen Debatten und Haushaltsfriktionen des Bundes dürfen aber nicht als Ausrede dienen, um schnelle Entlastungen immer weiter aufzuschieben“, sagt Wesemann. „Pflegebedürftige finden immer weniger die Versorgung, die sie brauchen, und Angehörige werden mit der Pflege zuhause allein gelassen. Dies zeigen auch die Ergebnisse der DEVAP-Umfrage zur Versorgungssicherheit in der Langzeitpflege. Sie brauchen Sofortmaßnahmen und keine Grundsatzdiskussionen oder politische Nebelkerzen.“

„Die Pflegeeinrichtungen stehen in erheblichem Maße unter existenzgefährdendem Druck und die Versorgung der Pflegebedürftigen bricht an immer mehr Orten zusammen“, sagt bpa-Präsident Meurer. „Mit einer korrekten, sachbezogenen Verteilung der finanziellen Lasten könnte die Bundesregierung Milliardenentlastungen für die Pflegeversicherung ermöglichen. Diese konkreten Schritte aber aufzuschieben, grenzt an unterlassene Hilfeleistung für die Betroffenen.“

Notwendig sei ein einmaliger Kostenausgleich, der die Leistungen der Pflegebedürftigen den erheblich gestiegenen Kosten adäquat anpasst, sowie eine jährliche sachgemäße Dynamisierung der Sachleistungsbeträge, so die Verbandsspitzen.

Zudem solle die Bundesregierung die Lasten der pflegerischen Versorgung im Rahmen der aktuellen Möglichkeiten neu verteilen, indem die Kosten den Systemen zugeordnet werden, die grundsätzlich dafür zuständig sind:

2 bis 3 Mrd. Euro jährlich für die medizinische Behandlungspflege in vollstationären Pflegeeinrichtungen müssen durch die Krankenkassen übernommen werden.

ca. 3 Mrd. Euro jährliche für die soziale Absicherung der Pflegepersonen (u.a. Rentenpunkte für pflegende Angehörige) sowie ein zweistelliger Millionenbetrag jährlich für Förderbeträge u.a. für Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf müssen aus Steuermitteln bestritten werden.

Für die Herausnahme der Ausbildungskosten aus den Eigenanteilen der Pflegebedürftigen muss endlich die entsprechende Passage aus dem Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen umgesetzt werden.

Mit diesen Verschiebungen würde die Pflegeversicherung um mehrere Milliarden jährlich entlastet. Damit könnten Pflegebedürftige schnell und spürbar deutlich höhere Leistungsbeträge erhalten.

Der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) e.V. ist der größte evangelische Fachverband auf Bundesebene und vertritt über 1.950 stationäre Einrichtungen der Altenhilfe, über 1.400 ambulante gesundheits- und sozialpflegerische Dienste, mehr als 120 Pflegeschulen mit ca. 9.600 Ausbildungsplätzen sowie zahlreiche Altentagesstätten und Initiativen.

Kontakt DEVAP

Anna Leonhardi, Geschäftsführerin
030 83001-277 // leonhardi@devap.de

Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) bildet mit mehr als 13.000 aktiven Mitgliedseinrichtungen die größte Interessenvertretung privater Anbieter sozialer Dienstleistungen in Deutschland.

Kontakt bpa

Norbert Grote, Hauptgeschäftsführer
030 30878860 // bund@bpa.de